Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 87 (2007)

Heft: 5

Artikel: Sozialdemokratismus, Europäismus, Ökologismus : populäre Ismen und der Drang zum Regieren von oben herab

Autor: Klaus, Václav

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-167770

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

Sozialdemokratismus, Europäismus, Ökologismus

Populäre Ismen und der Drang zum Regieren von oben herab

Václav Klaus

Jeder Mensch hat eine Liste meist unausgesprochener Herausforderungen, von denen er aufgrund seiner Erfahrungen und Vorlieben überzeugt ist, sie seien von ausschlaggebender Bedeutung. Aus meiner Liste werde ich nun einige wenige Punkte preisgeben. Sie haben alle damit zu tun, was ich über weite Strecken meines Lebens unter dem Kommunismus zu entbehren gezwungen war.

Vor allem denke ich da natürlich an die Freiheit. Mein Leben unter dem Kommunismus hat bei mir zu einer besonderen Sensibilität gegenüber der Freiheit und vielleicht zu einer Überempfindlichkeit gegenüber ihrem Fehlen geführt.

Wo sehe ich, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die Hauptgefahren für die Freiheit? Ich übergehe die gerade gängigen Schlagzeilen und werde auch nicht über äussere Feinde, wie die Taliban, al-Qaida und islamischen Fundamentalismus sprechen, da ich zum Thema des Terrorismus nichts Besonderes beizutragen habe. Mir ist hier ein anderer Punkt wichtig. Unsere Fähigkeit, äusseren Gefahren zu begegnen, hängt wesentlich von unseren Ansichten, Visionen, Überzeugungen und unserem inneren Zusammenhalt ab. Daher ist es mir vordringlich, über unsere inneren Herausforderungen zu sprechen, deren drei zu den Hauptaufgaben unserer Zeit zählen.

Eine erste dieser Aufgaben hängt mit dem Kommunismus zusammen. Die Tschechische Republik hatte, wie alle anderen ehemals kommunistischen Länder, einen schwierigen Übergang zu bewältigen. Früh schon wurde uns klar, dass diese Transformation in Eigenregie zu erfolgen hatte, da sich ein auswärts entwickeltes System nicht einfach überstülpen liess. Ebenfalls war uns klar, dass eine so fundamentale Umschichtung sich nicht als simple Übung in angewandter Ökonomie abtun liess, sondern dass es um einen von Menschen zu leistenden, nachhaltigen Entwicklungsprozess ging, und dass wir unsere eigene «tschechische Lösung» als Weg zu einer wirksam funktionierenden Gesellschaft und Wirtschaft finden mussten.

Während der letzten 15 Jahre sprach ich viele Male in den USA zum Thema des Übergangsprozesses; über seine Nicht-Null-Kosten; über seine Vorzüge, Grundsätze und Fallgruben. Nun, da wir damit durch sind, sehen wir uns mit einem anderen Problem konfrontiert. Wohl ist es uns gelungen, den Kommunismus abzuschütteln; doch glaubten wir irrtümlicherweise, der Drang, die Freiheit zu unterdrücken, die Gesellschaft und Wirtschaft zentral zu organisieren, von oben zu lenken und sie zu reglementieren, gehöre der Vergangenheit an. Und nun stellen wir fest, dass diese Zwänge noch immer da sind.

Was mir Grund zu Besorgnis gibt, ist das Auftreten neuer, populärer Ismen, die einmal mehr verschiedene Pläne und Projekte verabsolutieren und sie über die individuelle Freiheit stellen. Da gibt es zum Beispiel den Sozialdemokratismus, der nichts anderes ist als eine weichgespülte Form des Kommunismus, oder den Menschenrechtismus, der auf der Idee meist positiver, global durchzusetzender Rechte beruht. Dann haben wir den Internationalismus, Multikulturalismus, Feminismus, Europäismus und Ökologismus nebst einer ganzen Rüstkammer ähnlicher Dogmen und Ideologien. Der Kommunismus ist passé, aber der Drang zum Top-down-Regieren begleitet uns weiterhin – oder vielleicht wieder.

Die zweite Herausforderung, die ich sehe, hat mit unseren Europa-Erfahrungen zu tun, weist aber über die EU hinaus; denn es geht dabei um die weitverbreitete Tendenz zur Entnationalisierung von Nationalstaaten, zu weltweiter Supranationalisierung und zur Globalherrschaft. Die besondere Empfindlichkeit, die manchen meiner Landsleute eigen ist, führt bei mir zu einem kritischen Blick auf viele der gegenwärtigen Strömungen in Europa, wobei allerdings meine Argumente meine Gegner nicht zu erreichen schei-

nen. Denn sie wischen auch heute unverändert alle Ansichten unbesehen zur Seite, die ihnen schon seit je zuwider waren. Um meine Kritik richtig zu verstehen, müsste man sich Rechenschaft geben über die Entwicklungen, die in der EU ablaufen – ihre schrittweise Umfunktionierung von einer Gemeinschaft kooperierender Staaten zu einer Union nichtsouveräner Länder, sowie die gegenwärtig waltenden supranationalistischen Bestrebungen.

Ich war immer ein Anhänger freundschaftlicher Zusammenarbeit unter den europäischen Ländern. Dagegen habe ich stets darauf hingewiesen, dass der Drang zu einem immer enger verfassten Europa, die sogenannte «Vertiefung» der EU, sowie die rasche politische Integration und die supranationalen Tendenzen – die nicht von einer authentischen europäischen Identität, einem europäischen Demos gestützt werden – für die Demokratie und die Freiheit Gift sind.

Freiheit und Demokratie – diese zwei kostbaren Güter – lassen sich nicht ohne parlamentarische Demokratie innerhalb klar definierter Staatsgrenzen gewährleisten. Und doch sind es gerade diese zwei Dinge, die die aktuellen europäischen politischen Eliten und ihre *fellow-travellers* zu beseitigen suchen.

> Wohl ist es uns gelungen, den Kommunismus abzuschütteln; doch glaubten wir irrtümlicherweise, der Drang, die Freiheit zu unterdrücken, gehöre der Vergangenheit an.

Die dritte Gefahr für die persönliche Freiheit tritt uns entgegen als Umweltbesessenheit. Ich teile die Besorgnis über eine allfällige Zerstörung der Umwelt, aber dies macht mich nicht blind für die Gefahr, die von der neuen Ideologie des Ökologismus ausgeht. Dieser Bewegung dient der Umweltschutz bloss als Vorwand. Hinter ihrer menschen- und umweltfreundlichen Terminologie verbirgt sich der Ehrgeiz ihrer Anhänger, die Welt, die Gesellschaft, unser Verhalten und unsere Werte radikal umzupolen und neu zu organisieren.

Es ist ohne jeden Zweifel unsere Pflicht, die Natur zum Besten künftiger Generationen zu schützen. Die Umweltturbos aber hören nicht auf, Katastrophenszenarien an die Wand zu malen, um uns ihren Vorstellungen geneigt zu machen. Dabei pflegen sie ihre unbewiesenen Voraussagen pseudowissenschaftlich aufzumachen. Dies ist nicht nur unanständig, sondern auch gefährlich.

VACLAV KLAUS ist Präsident der Tschechischen Republik. Dieser Essay beruht auf einem Vortrag, den er im März 2007 am Cato Institute, Washington D.C. hielt.

Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte Reinhart R. Fischer.

Spiel mit der Angst

Klimawandel und politischer Aktionismus

Isabel Mühlfenzl

Die zusammenfassenden Berichte des International Panel on Climate and Change (IPCC), die scheibchenweise an die Öffentlichkeit gelangen, bestimmen in Europa das politische Klima. Die Medien übernehmen die aus Genf übermittelten Thesen und Hypothesen fast blind und schüren die Katastrophenangst. Fast täglich geistern neue Horrorszenarien durch die Weltpresse und verleiten Politiker, die aus der Angst Kapital schlagen wollen, zu blindem Aktionismus. Der Kampf um die Ressourcen gerät in ein gefährliches Stadium.

Klimawandel ist nichts Neues; relativ neu ist die Hypothese, die gegenwärtig beobachtete Erwärmung beruhe auf dem von Menschen verursachten CO_2-Ausstoss. Wie kam es nun dazu, dass die Hypothesen des IPCC zur dogmatischen Grundlage einer Weltklimapolitik avancierten? Die vorliegenden Berichte basieren auf Daten, die von mehr als 2000 Wissenschaftern aus der ganzen Welt erhoben, in Computersimulationen ausgewertet und nach Genf geliefert wurden. Dort haben Politiker und Beamte des IPCC die Computersimulationen der Wissenschafter benutzt und daraus ihre Zusammenfassung formuliert. Was nicht ins Programm passte, wurde weggelassen, zum Beispiel die nicht unwesentliche Tatsache, dass es sich bei allem eben um Computersimulationen ohne Beweiskraft, also um Hypothesen handelt. Davon wollen aber die «Klimatologen» aus Genf nichts wissen. Sie haben die Ergebnisse der Simulationen als wissenschaftliche Erkenntnisse dargestellt. Die zusammenfassenden Berichte, die immer wieder ergänzt und erneuert werden, sind nicht von Forschern verfasst, sondern von Politikern und Beamten selektiv redigiert. Das renommierte Fraser-Institut in Vancouver formuliert die Kritik wie folgt: *«Ein wesentliches Problem ist die Tatsache, dass die Zusammenfassung für Politiker, die dem Bericht angefügt ist, nicht von Wissenschaftern und Forschern produziert wurde, sondern dass sie in einem Prozess der Verhandlung von ungenannten bürokratischen Delegationen der Regierungen, die den Bericht gesponsert haben, entstanden ist. Die Auswahl des Forschungsergebnisses entspricht mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht den Prioritäten und Intentionen der wissenschaftlichen Gemeinschaft.»* Politiker, die ihre Statements nicht auf die Suggestivität von Hypothesen, sondern auf die Faktizität